



**Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.) und
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:33 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW **3**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4581

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4581

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie zur 31. Sitzung des Ausschusses für Heimat und Kommunales. Insbesondere möchte ich die Mitglieder des Kommunalausschusses hier heute in unserem Ausschuss begrüßen, die wahrscheinlich in ihrer Doppelfunktion hier sitzen.

Weiterhin möchte ich die Sachverständigen begrüßen, die heute zur Anhörung im Landtag erschienen sind. Herzlich willkommen! Danke, dass Sie gekommen sind. Das ist für uns immer eine große Ehre.

Die Anhörung wird live im Internet gestreamt und die Einladung zu dieser Sitzung wurde unter der Dokumentennummer E 18/564 veröffentlicht. Sofern es hierzu keine Wortmeldungen mehr gibt, trete ich jetzt in die Tagesordnung ein.

Im Namen der Ausschussmitglieder danke ich allen teilnehmenden Sachverständigen für ihre Bereitschaft, zur Klärung von Fragen im Zusammenhang mit diesem Antrag beizutragen und natürlich für die vorab übersandten Stellungnahmen, die im Eingangsbereich hier bei uns im Sitzungsraum ausliegen.

Noch ein paar organisatorische Hinweise. Im Hinblick auf den begrenzten Zeitrahmen und weil die Ausschussmitglieder bereits alle Stellungnahmen von Ihnen gelesen haben und gut kennen, bitten wir Sie heute nicht um ein Eingangsstatement, sondern wir machen es in unserem Ausschuss so: Jede Fraktion darf Ihnen eine Frage stellen. Dann hat von der Expertengruppe, zum Beispiel der Landesverband Rheinland der Gartenfreunde, einer von Ihnen die Möglichkeit zu antworten. Wenn Sie alle drei antworten, dann teilen Sie sich drei Minuten. Jeder Fachverband hat drei Minuten Redezeit.

Wenn das für alle so klar ist, dann bitte ich jetzt um Wortmeldungen und freue mich auf die Anhörung. Wir beginnen bei der SPD-Fraktion. Bitte sehr!

Anja Butschkau (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal einen herzlichen Dank an die Sachverständigen für die umfangreichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich auf den Weg hierher nach Düsseldorf gemacht haben.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Welling vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. Herr Welling, Sie beziffern in Ihrer Stellungnahme die Leistung der

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Berliner Kleingartenanlage Bornholm II auf 1,2 Millionen Euro. Wie ergeben sich diese Zahlen, wie können diese Leistungen quantifiziert werden, und welche Faktoren werden dabei berücksichtigt?

Malte Welling (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung): Unser Ergebnis war, dass die Leistung der Kleingartenanlage Bornholm II der Gesellschaft 1,2 Millionen Euro im Jahr wert ist. Der generelle Ansatz dieser ökonomischen Bewertung ist ein instrumenteller, also er untersucht: Wie viel sind uns Bürgerinnen und Bürgern diese Leistungen wert? Es gibt unterschiedliche Wertvorstellungen, inwiefern die Natur einen Eigenwert für sich darüber hinaus noch hat. Wer das mit Ja beantwortet, müsste das noch auf diese 1,2 Millionen Euro aufaddieren. Das ist wirklich nur der instrumentelle Wert für uns Menschen.

Wie kann man das konkret quantifizieren? Es gibt eine Ökonomie, einen etablierten Werkzeugkasten an solchen Bewertungsmethoden, in diesem Fall die Kleingärten.

Erstens. Die Vegetation dort entzieht der Luft CO₂. Das haben wir bewertet mit Werten, die das Umweltbundesamt regelmäßig publiziert, die zeigen, welcher Schaden durch Klimafolgen dadurch vermieden wird, zum Beispiel durch Ernteauffälle, durch Überschwemmungen, durch Waldbrände.

Zweitens. Die Vegetation entzieht der Luft auch Luftschadstoffe. Hier haben wir sehr ähnliche Werte des Umweltbundesamts angesetzt, in welchem Maße Gesundheitschäden vermieden werden.

Drittens bieten Kleingärten die Möglichkeit für einen Nahrungsmittelanbau. Auch das haben wir eingerechnet mit Ladenpreisen für die angebauten Gemüsesorten.

Viertens. Die entsiegelten Kleingartenflächen halten Regenwasser zurück, was vor allem bei Starkregenereignissen das Risiko senken kann wie von Überschwemmungen im Quartier. Hier haben wir berechnet, wie viel eine Kommune dadurch spart, dass sie, solange so eine Kleingartenfläche existiert, keine technischen Alternativen braucht, um diese Wassermenge, die dort zurückgehalten wird, zurückzuhalten wie zum Beispiel in technischen Rückhaltebauwerken.

Zuletzt: Einen großen Teil von diesem Wert machen die sozialen und kulturellen Funktionen aus. Hier haben wir eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt, um herausfinden: Wie nutzen die Menschen in Deutschland Kleingartenanlagen, und was genau wird dort wertgeschätzt?

Die monetäre Wertschätzung selbst haben wir mit einer umweltökonomischen Methode, die Choice Experiment heißt, erhoben, wo die Menschen in der Umfrage angeben, ob und welche Art von Kleingartenanlagen sie in ihrer Nachbarschaft besonders wertschätzen würden. Wir können daraus damit statistisch Modellen eine monetäre Wertschätzung ableiten.

Es gibt darüber hinaus mindestens zwei wichtige Leistungen von Kleingartenanlagen, deren Wert wir jetzt noch nicht quantifizieren konnten. Das ist einmal der Effekt auf die

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Biodiversität und zweitens die Abmilderung des städtischen Hitzeinseleffekts. Das findet sich darin noch nicht wieder. Das würde auf diese 1,2 Millionen Euro noch draufkommen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Danke schön, dass Sie heute hier sind. Ich beginne mit einer Frage an den Landesverband Rheinland der Gartenfreunde. Ich begleite als Abgeordneter die Kleingartenanlagen seit über einem Jahrzehnt. Wir haben in der Vergangenheit oft über den Druck durch Inanspruchnahme, Wohnbebauung, Gewerbeflächen usw. diskutiert, dass einem das passieren könnte.

Ich wüsste gern von Ihnen, wie die Situation ist. Was ist in den letzten zehn Jahren passiert? Wurden die Gärten dann durch die Kommunen ersetzt? Wie ist die Situation?

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite aus einen schönen guten Morgen. Ich blicke mit besonderem Augenmerk auf die Stadt Köln, weil ich selbst dort auch Geschäftsführer des dortigen Kreisverbands bin. 2016 hatten wir schon Probleme, dass von der Stadt im Rahmen einer Wohnbauplanung in mindestens drei Gartenanlagen große Flächen geplant worden sind, worauf man dann auch die Wohnbebauung setzen wollte. Es ist uns letztlich mit viel Glück gelungen, mit Unterstützung der dortigen Politik das zu verhindern.

Dennoch gibt es immer wieder Anfragen. Aktuell ist es so, dass wir im Süden der Stadt Köln die Kündigung von elf Kleingärten haben. Es gibt zwar eine Inaussichtstellung von Ersatzland, allerdings sind die dortigen Länder teilweise sehr weit außerhalb von Köln, was nicht unbedingt ein adäquater Ersatz ist. Wir haben jetzt hier eine Anlage, die noch im relativ nahen städtischen Bereich liegt. Die Alternativen sind dort außerhalb geboten.

Bei einer steigenden Bevölkerung ist es wichtig, dass man immer mehr über Kleingärten nachdenkt. Ich denke, als Alternative muss man viele Grünflächen anbieten. Die dortigen Bürgerinnen und Bürger, die dahin strömen, suchen das Grüne und die Möglichkeit, sich im Grünen zu entspannen. Dadurch hat der Druck in der letzten Zeit immer weiter zugenommen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute Morgen zur Anhörung gekommen sind und auch Ihre entsprechenden Ausarbeitungen gemacht haben. Ich möchte das aufgreifen, was Sie gerade gesagt haben. Die Leute kommen, die haben Bedürfnisse und bringen unterschiedliche Bedürfnisse mit, wie sich das in der Entwicklung der Kleingartenanlage über die 150 Jahre entsprechend von Schreber ausgehend darstellt.

Ich habe eine Frage an Herrn Dietrich. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Anforderungen an Grünflächen im urbanen Raum steigen. Die einen wollen die Erholungsnutzung und die anderen die Selbstversorgung, der Dritte will einfach nur einen

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Bereich haben, wo er für sich sein kann. Was sind jetzt weitere Anforderungen? Was meinen Sie, wenn Sie sagen, wir bräuchten neue zukunftsfähige Konzepte?

Thomas Dietrich (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen): Es wurde schon gesagt. Es gibt Klimaanpassungsnotwendigkeiten, Maßnahmen dazu, und den Grünanlagen kommt da sehr viel Bedeutung zu, und das quasi in allen Nutzungsformen.

Da sind die Kleingärten nicht anders als Sportanlagen, als normale Parks, als die Grünanlage vor der Tür. Die puffern Regenwasser und kühlen, und das müssen sie immer mehr tun. Zusätzlich steigt der Druck auf die Grünflächen, die weniger werden, aber mehr werden müssen. Dann brauchen wir, glaube ich, Grünflächen, die nicht so abgeschlossen sind. Ich denke zum Beispiel an Sportbereiche, die nur den Vereinen zugänglich sind, die man aber durchaus kooperativ nutzen könnte, multifunktional anlegen und so zusätzlich zu diesen Klimaanpassungsnotwendigen Maßnahmen in die Gemeinschaft tragen kann, also das Nutzen der Gemeinschaft in Grünräumen.

Wir haben bei der Coronapandemie gesehen, dass viele Leute einfach Grün brauchen, vor allem sehr wohnungsnahes Grün. Das hat einen sehr hohen Effekt auf die physische und psychische Gesundheit. Ich denke, von daher ist so eine eindimensionale Nutzung von Grünflächen oder Freiflächen nicht mehr zeitgemäß.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, auch ganz herzlichen Dank seitens der FDP-Landtagsfraktion, dass Sie uns heute hier Rede und Antwort stehen und auch für Ihre Stellungnahmen.

Ich beginne mit Frau Ihlenfeld von der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz – GALK. Wie hat sich das Kleingartenwesen in den letzten Jahren Ihrer Meinung nach entwickelt?

Melanie Ihlenfeld (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz – GALK): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich beschäftigen wir uns schon lange mit dem Kleingartenwesen. Wir haben in der GALK auch extra einen Arbeitskreis Kleingartenwesen. Ich glaube, ich kann dem, was mein Vorredner gesagt hat, auch zustimmen, dass dies sehr wichtig ist. Auch in Zeiten der Pandemie hat man gemerkt, wie wichtig doch das Kleingartenwesen ist, dass sich die Leute dahin zurückziehen konnten und vieles auch so weiter bearbeitet wird, wie es ist.

Wichtig ist aber, dass sich das öffnet. Das tun die Kleingartenvereine auch, also die Öffnung hin zu vielfältigeren Gärten oder Ähnliches. Ich merke, dass in sehr vielen Kommunen Kleingartenentwicklungskonzepte geschrieben worden sind. Das heißt, der Stand der Kleingärten ist, wie ich finde, relativ hoch. Also auch wir in der Stadt Essen haben ein Kleingartenentwicklungskonzept geschrieben. Wir schauen auch immer, dass wir, wenn wir Stellungnahmen schreiben, dies natürlich mit betrachten, auch das Thema der Ersatzflächen. Es ist natürlich ärgerlich, wenn die außerhalb liegen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Wir müssen betrachten, dass auch in unmittelbarer Nähe entsprechend Ersatzflächen geschaffen werden können.

Wir wissen, dass vielleicht in manchen Teilen die Leistungsfähigkeit manchmal etwas reduzierter ist, weil das Ehrenamt ein bisschen zurückgefahren wird. Das merken wir auch als Kommune. Es gibt viele Engagierte, doch wir müssen trotzdem schauen in dem Zusammenspiel zwischen Kommune und insbesondere den Kleingartenvereinen, was die leisten können. Denn sie bieten einen wichtigen Ausgleichraum, auch in Teilen öffentliche Flächen oder teilöffentliche Flächen. Wie sieht es dort mit der Verkehrssicherheit aus, und können die übernehmen, was können wir übernehmen?

Ich glaube, das ist ein wichtiger Prozess, besonders in den letzten Jahren, den wir angehen müssen, wo wir als Kommune noch mehr unterstützen müssen. Denn die „normalen Kleingärtner“ können das nicht so leisten, wie wir denken, dass sie es leisten könnten. Da müssen wir als Kommune auch unterstützen, weil es dort große Anforderungen gibt.

Von daher müssen wir noch offener sein, da die Zusammenarbeit zu stärken und dann dieses Gemeinwohl und auch die Arbeit, die sie leisten – wir haben gesehen, was für monetäre Leistungen es sind –, noch mehr zu honorieren. Ich glaube, das ist in den letzten Jahren gestiegen. Durch die Kleingartenentwicklungskonzepte haben wir als Kommune noch ein weiteres Argument und eine weitere bessere Grundlage, um zu argumentieren, wie wichtig diese Bereiche dort sind.

Zacharias Schalley (AfD): Auch unsererseits vielen Dank, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen. Meine erste Frage richte ich an die Kleingartenverbände, an Herrn Rosendahl. Man hört allerorten, auch im Rahmen dieser Debatte, immer wieder, dass Kleingärtnerei im Trend ist, dass viele gerade junge Leute gern eine Parzelle hätten.

Können Sie feststellen, ob dieser Trend auch wirklich nachhaltig ist? Sprich, ist die Fluktuation hoch, die Leute machen das ein paar Jahre und gehen dann wieder, oder haben Sie da die treuen Laubenpieper, die 40 Jahre vielleicht wirklich die Parzelle haben wollen? Können Sie da schon etwas feststellen?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verfolgen diesen Zuwachs von jungen Familien schon seit einigen Jahren. Das hat auch nichts mit der Coronapandemie zu tun, sondern wir haben diesen Trend, dass immer mehr junge Familien in die Kleingartenvereine kommen, schon im Vorfeld beobachten können.

Das hat auch folgenden Grund: Immer mehr Familien wollen ihren Kindern zeigen, dass Kartoffeln halt nicht im Supermarkt wachsen und wie Möhren und anderes angebaut werden. Das ist ein Trend, den wir seit langen Jahren verfolgen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich diese jungen Familien in den Vereinen engagieren und

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

auch im Verein bleiben. Also diese Fluktuation, die Sie gerade ansprachen, kann ich so nicht feststellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Anja Butschkau (SPD): Meine zweite Frage richtet sich an die Vertreter der Landesverbände der Kleingärtner. Sie können sich aussuchen, wer von Ihnen antworten will. Mir geht es um die Bundeskompensationsverordnung. Die soll bekanntlich neu geregelt werden. Mich würde interessieren, welche Möglichkeiten Sie sehen, um den Schutz der Biodiversität durch diese neue Regelung vielleicht zu fördern.

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es um die Förderung der Biodiversität in den Kleingärten. Es ist natürlich so, dass in den Kleingärten in den letzten Jahren immer mehr Biodiversität gefördert wird. Die Kleingärtner achten auch mehr darauf. Gerade Förderungen wie insektenfreundliche Gärten oder ähnliche Dinge fördern letztlich dieses ganze Thema und tragen dazu bei, dass das Stadtklima dadurch deutlich verbessert wird.

Darüber hinaus müssen wir darauf achten, dass die Vielfalt der Pflanzen erhalten bleibt. Es gibt verschiedene Projekte, die von den verschiedenen Verbänden unterstützt werden, dass man sich damit beschäftigt, wieder altes Gemüse anzupflanzen, auch wieder alte Sorten in die Kleingärten zu bringen, um hier nicht nur mit hybriden Samen zu arbeiten, sondern wieder samenfeste Pflanzen zu erhalten und weiter zu produzieren, damit man nicht immer auf das angewiesen ist, was man im Supermarkt oder im Gartenmarkt kaufen muss.

Darüber hinaus trägt es dazu bei, dass gerade die Insekten wieder mehr in unseren Gärten vorzufinden sind. Wir haben verschiedene Projekte, was die Bienenerhaltung angeht, auch Wildbienen und Ähnliches. Wir hatten vor ein paar Jahren mit einigen Schulen Projekte, dass die Kinder insektenfreundliche Gärten fördern. Also, es wird viel dafür getan. Es ist natürlich sehr unterschiedlich. Manche Gärtner nehmen das nicht so ernst, aber ich stelle fest, dass der Trend in diese Richtung deutlich stärker geworden ist.

Dr. Patricia Peill: Gibt es noch eine Ergänzung?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Ich bin auch Vorsitzender eines Bezirksverbands auf Kreisebene, und wir haben eine Kooperation mit dem örtlichen Imkerverein angestrebt, die sehr gut funktioniert. Die Imker bilden ihre Imker selbst aus, und wir stellen den Kleingärtnervereinen Stellflächen für ihre Beuten zur Verfügung, wo die ihre Bienen unterbringen können. Des Weiteren haben wir bei unseren Anlagenbegehungen in den letzten Jahren verstärkt festgestellt, dass dort immer mehr Wildblumenwiesen für eben diese Insekten angelegt werden.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Frau Aufderheide. Wie bewerten Sie aus Sicht des NABU den ökologischen Wert der Kleingartenanlagen? Wo sehen Sie bei Kleingartenanlagen Veränderungsbedarf? Welche Möglichkeiten sehen Sie, wo die Landesebene oder die Kommunen Veränderungen bewirken können?

Ulrike Aufderheide (NABU [Naturschutzbund Deutschland] [per Video zugeschaltet]): Der ökologische Wert der Flächen von Kleingartenanlagen ist sehr hoch. Das zeigen immer wieder wissenschaftliche Untersuchungen, zum Beispiel die Untersuchung von Herrn Stickroth zu Vögeln in Kleingartenanlagen in Augsburg, wo wir die höchste Anzahl an Brutpaaren haben, auch verglichen mit sehr naturnahen Flächen. Das liegt daran, dass diese Flächen oft sehr alt sind und an Biotopverbund-Linien liegen, oft Bahnlinien oder Verkehrsflächen. Deshalb ist es extrem wichtig, dass sie erhalten bleiben.

Man kann nicht sagen, man würde dort jetzt ein Baugebiet machen und kompensiere das auf einer anderen Fläche. Der Wert einer alten Fläche kann nicht auf einer neuen Fläche sofort wieder erreicht werden, vor allen Dingen, weil diese alten Flächen Überlebensinseln sind für Arten, die früher in der Umgebung vorkamen und sich jetzt nur noch auf diese Flächen zurückgezogen haben. Wenn die Flächen zerstört sind, dann können sich diese Arten nicht auf den neuen Flächen ansiedeln.

Die Förderung der Biodiversität ist bei vielen Kleingartenanlagen nicht das Ziel. Es ist quasi ein „Kollateralnutzen“. Ich denke, Regelungen zum Beispiel zur Förderung von Projekten in Kleingartenanlagen sollten auch diese Funktion der Biodiversität als Ziel formulieren. Es sollte ökologische Mindeststandards für die Förderung durch das Land geben, zum Beispiel der Verzicht auf die Verwendung von Torf, von Pestiziden oder von mineralischem Dünger und spezielle Förderprogramme, wie sie auch schon durchgeführt werden, dass diese Richtlinien festlegen, es muss ein ökologischer Mindeststandard in der Anlage vorhanden sein, damit eine Förderung durchgeführt werden kann.

Kritisch sehe ich tatsächlich die Honigbienenhaltung, die gerade erwähnt worden ist. Honigbienenhaltung ist nicht gleichzusetzen mit Biodiversitätsförderung. Das ist ein Missverständnis. Das ist eine Nutztierhaltung, es ist die Nutzung von Landschaft, um einen Ertrag zu erwirtschaften, aber es hat mit der Förderung der biologischen Vielfalt nicht viel zu tun, vor allen Dingen, weil es zu einer Konkurrenz zwischen Honigbienen und Wildbienen kommt. Da gibt es immer mehr wissenschaftliche Untersuchungen, die in diese Richtung weisen. Das heißt, Honigbienenhaltung sollte auch begrenzt werden.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich habe eine Frage an Frau Aufderheide. Unter welchen Rahmenbedingungen wären Sie bereit, eine neu angelegte Kleingartenanlage als Ausgleichsfläche zu akzeptieren und wenn ja, wie viele Punkte würden Sie dem Quadratmeter geben?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Ulrike Aufderheide (NABU [Naturschutzbund Deutschland] [per Video zugeschaltet]): Eine neu angelegte Anlage kann den Wert der alten Anlage in der Regel nicht erreichen. Man muss schauen: Was ist es für ein Wert der alten Anlage? Dann muss man genau schauen: Was gibt es für Festsetzungen für die neue Anlage? Wie viele Großbäume werden da festgesetzt, die ihren Grunddurchmesser erreichen können? Wie viele Hecken mit einheimischen Arten, die sich freiwachsend entwickeln können, werden festgesetzt?

Dann muss man diese Elemente berechnen. Ich denke, man kann nicht grundsätzlich einen Punktwert für die gesamte Fläche berechnen, sondern man muss die einzelnen Bäume, die einzelnen Heckenelemente und strukturreiche Gartenflächen flächenmäßig auflisten, und dann kommt man zu dem entsprechenden Punktwert.

Hier würde ich eigentlich gar keinen Unterschied sehen zwischen der Bewertung einer Fläche in der freien Landschaft – da kann man auch Großbäume und Heckenstrukturen berechnen – und dem besiedelten Raum. Es hängt davon ab, was festgesetzt wird von dem Artenbestand, also ob es sich um einen exotischen Großbaum oder um einen einheimischen Großbaum handelt.

Es ist auch eine meiner Anregungen, dass es zu diesem ökologischen Mindeststandard auch gehören kann, dass mindestens ein einheimischer Großbaum in einer solchen Anlage vorhanden ist. Großbäume haben ja eine große Funktion zur Abkühlung des Kleinklimas. Ich denke, die Bewertung in den Kleingartenanlagen ist nicht unterschiedlich zu der Bewertung in der freien Landschaft.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte gern bei den Vertretern der Kleingärten weitermachen und aus Ihrer Sicht wissen, wie man die Zusammenarbeit zwischen den Kleingärtnern und den Kommunen verbessern kann.

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Hier sind in erster Linie die Vereine selbst gefordert, um den Kontakt mit der Politik zu suchen. Das machen wir in unserem Bezirksverband schon seit Jahrzehnten. Wir haben ein regelmäßiges Treffen mit unseren heimischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, und alle zwei Jahre findet ein Austausch mit den Bürgermeistern in unserem Landkreis statt.

Ich denke, es ist auch Sache der Vereine, auf die Politik zuzugehen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Politik uns eigentlich ganz offen gegenübersteht und nicht abgeneigt ist, solche Gespräche konstruktiv zu begleiten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gibt es noch eine Ergänzung?

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Ich kann unterstreichen, was Herr Rosendahl gesagt hat. Es ist wichtig, dass von den Vereinen, von den Verbänden vor Ort aktiv auf die Verwaltung, auf die Politik zugegangen wird. Das

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

erlebe ich auch in Köln so. Wir haben dort einen recht engen Kontakt zu politischen Vertretern, aber auch zur Verwaltung der Stadt Köln. Damit kann man gemeinsam neue Projekte erarbeiten und das Kleingartenwesen gemeinsam weiterentwickeln.

Zacharias Schalley (AfD): Ich habe noch eine Frage an die Kleingartenverbände, vielleicht das aufnehmend, was Frau Aufderheide gerade sagte. Inwiefern versuchen Sie als übergeordnete Verbände, auf Ihre Vereine hinzuwirken, dass bedrohte Pflanzen, alte heimische Gemüse- und Obstsorten, also alle diese besonders wertvollen Gewächse, in den Anlagen tatsächlich angebaut werden? Gibt es Möglichkeiten, in der Satzung festzuschreiben, dass die Hecke nur aus einer heimischen Pflanze bestehen darf oder ein bestimmter Baum oder ein bestimmter Obstbaum gepflanzt werden muss, und wie verbreitet ist so etwas?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Wir sind aktuell dabei, unsere Satzung zu überarbeiten, und da wird genau auf diese Punkte, die Sie gerade angesprochen haben, Wert gelegt. Wir legen also Wert darauf, dass auch Hochbäume, die für die Beschattung sorgen sollen, wieder in die Anlagen gepflanzt werden. Wir sorgen auch dafür, dass die Kleingärtner auf alte Obst- und Gemüsesorten umsteigen. Das bewirken wir durch unsere Fachberatungen, die wir einmal an unserer Landesschule anbieten, und auch bei den Schulungen vor Ort bei den Vereinen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gibt es noch eine Ergänzung?

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Aus der Kölner Gartenordnung kann ich sagen, dass wir diese im letzten Jahr mit einem recht aufwändigen Prozess, an dem auch die Politik beteiligt war, überarbeitet haben. Darin ist klar festgelegt worden, welche Ziele wir haben wollen. Wir schreiben natürlich den Kleingärtnern nicht vor, sie müssten das und das pflanzen. Dafür sind dann insbesondere invasive Pflanzen auf einer Streichliste gelandet, invasive Pflanzen also nicht mehr in den Kleingärten angepflanzt werden sollen. Darüber hinaus schreiben wir Empfehlungen aus, welche Pflanzen vornehmlich genommen werden über die Fachberater, die in den einzelnen Vereinen tätig werden, aber auch in Form von Wettbewerben, wo wir derartige Dinge besonders in den Blick nehmen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen zur dritten Fragerunde.

Anja Butschkau (SPD): Ich würde mich mit meiner dritten Frage noch mal an Herrn Welling von Institut für ökologische Wirtschaftsforschung wenden wollen. Herr Welling, uns würde interessieren, wie konkret Förderprogramme aussehen könnten, die das Kleingartenwesen für die Zukunft stärken.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Malte Welling (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung): Dazu will ich sagen, dass der gesellschaftliche Wert von Kleingartenanlage zu Kleingartenanlage sehr unterschiedlich sein kann. Alle bieten natürlich ihren Mitgliedern Möglichkeit zur Erholung, zur Naturerfahrung für eine Gemeinschaft. Doch wir sehen noch große Unterschiede, zum Beispiel was den sozialen und kulturellen Wert für Nachbarinnen und Nachbarn, die keinen Garten pachten, angeht. Da haben vor allem die Kleingartenanlagen einen hohen Wert mit einer offenen Kultur, mit einem offenen Eingang, Infrastruktur auf den Gemeinschaftsflächen für Besucherinnen und Besucher, Sitzbänken, Spielplätzen, öffentlichen Toiletten und vielleicht sogar Veranstaltungsangeboten, die extern offen sind und auch so beworben werden.

Auch im Bereich Klimaanpassung und Klimaschutz gibt es Unterschiede. Da schneiden Kleingartenanlagen gut ab, die alte Großbäume haben, wo wenig Fläche versiegelt ist. Auch im Bereich Biodiversität kommt es darauf an, wie die Kleingärten gestaltet und gepflegt werden. Darauf ist Frau Aufderheide schon eingegangen.

Aus ökonomischer Sicht gibt es ein Argument, diese gesellschaftlichen Leistungen für die Nachbarschaft, für Klimaanpassung, für Klimaschutz, für Biodiversität gezielt zu fördern, um Anreize zu setzen, dass alle Kleingartenanlagen noch mehr ihr Potenzial für den gesellschaftlichen Beitrag ausnutzen.

Um noch konkreter auf den vorliegenden Antrag einzugehen. Im Beschluss gibt es diesen Punkt zu einem Unterstützungsfonds zur Kostenübernahme von Energiekosten oder Übernahmekosten, Bausanierung von Lauben. Das lässt sich weniger stützen durch dieses Argument Unterstützung des gesellschaftlichen Beitrags, weil es hier mehr um privaten Nutzen geht. Gleichzeitig könnten das noch andere Argumente unterstützen wie eine öffentliche Daseinsvorsorge, wenn man sagt: Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen, die sich kein Haus mit Garten leisten können, trotzdem Zugang zu einem Garten haben.

Grundsätzlich ist es möglich, diese gesellschaftlichen Leistungen von Kleingärten mit einer Förderung noch weiter zu stärken. Daher sehe ich diese grundsätzliche Stoßrichtung des Antrags positiv, auch wenn ich zum Teil andere Schwerpunkte selbst betone.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich kann anschließen bei den Schwerpunkten, die man setzen müsste. Wir kommen aktuell aus schwierigen Haushaltsberatungen auf Bundesebene, auf Landesebene. Wir alle miteinander wissen, dass das Geld nicht mehr wird. Es gibt Straßenbau und den – gerade von uns Grünen geliebten Spruch – Erhalt von Neubau.

Ich würde den Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner bitten, mal zu priorisieren. Man kann in Haushaltsberatungen immer schnell mal 30 Millionen Euro für Kleingärten fordern. Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? Herr Rosendahl, wo würden Sie zwingend die Prioritäten setzen? Wo würden Sie sagen, dass das wirklich passieren müsste und wo man absoluten Bedarf hat?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Da gibt es aus meiner Sicht drei wesentliche Schwerpunkte.

Das eine ist, dass unsere Schulen, die wir für die Vereine anbieten, auf jeden Fall weiter finanziell gefördert werden. Dann sind unsere Kleingartenanlagen aufgrund des manchmal hohen Alters sanierungsbedürftig, was die Infrastruktur in den Vereinen angeht. Das sollte finanziell gefördert werden. Der hohe Bedarf an Kleingartenanlagen ist nach wie vor gegeben. Wir haben aktuell Umfragen gemacht, wie hoch der Bedarf ist. Auch die Neuanlage von Kleingartenanlagen sollte finanziell weiter gefördert werden.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Jetzt kommt natürlich die Frage der Exklusivität desjenigen, der Mitglied ist, der einen entsprechenden Kleingarten hat und ihn auch lange hält, im Vergleich zu demjenigen, der eben keinen Zugang hat. Jetzt habe ich eine begrenzte Fläche. Die Frage möchte ich an Frau Ihlenfeld stellen.

Wir reden ja über die Rückeroberung des öffentlichen Grüns. Da kommen dann Cliquen, Gruppen, Familien usw., grenzen einen bestimmten Bereich ab, nutzen den am Wochenende, sind dann wieder weg. Man kann sagen, die machen das über eine begrenzte Zeit, und dann nutzen das andere. Darin ist eine hohe Dynamik, die vielen Menschen einen Zugang ins Grüne lässt. Damit müssen Sie ja umgehen.

Wenn ich viel Exklusivität in einem Bereich habe, habe ich natürlich sehr viel mehr Druck auf andere Bereiche. Wie gehen Sie damit um, auf der einen Seite öffentliches Grün zu haben, also zu akzeptieren, dass öffentliches Grün auch privat sozusagen in abgesteckten Clams am Wochenende genutzt wird? So wird es zumindest aus München, aus Köln berichtet. Von Berlin ist es zuerst von den Soziologen berichtet worden. Wie gehen Sie damit um? Wie muss die Mischung für Sie aussehen?

Melanie Ihlenfeld (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz – GALK): Insgesamt muss mehr Fläche für Grün da sein. Das hat Herr Dietrich auch schon gesagt. Ich sage ganz offen, wir können nicht auch noch die Grünanlagen beschneiden, weil es für die breite Öffentlichkeit wichtig ist. Ja, es kommen Gruppen, aber es ist sehr flexibel. Die kommen an, die gehen wieder weg, und die wollen sich natürlich auch draußen treffen.

Ich glaube, man muss, auch in Richtung der Kleingartenentwicklungskonzepte, eine sehr genaue Analyse machen: Was steht dort, wie werden sie genutzt? Man muss möglicherweise auch selbstkritisch sein: Sind alle gut genutzt? In vielen Bereichen gibt es vielleicht auch Gärten, wo man fragt: Wie könnte ein Wechsel stattfinden, um wieder Flexibilität zu bekommen?

Auch insgesamt sehe ich das Thema. Man muss schauen, wie man die Grünflächen in einem Stadtgebiet weiter erhöhen kann, die Vernetzung auch hinzubekommen. Also, eine Kleingartenanlage, die in sich geschlossen ist und keinen Kontakt zu anderen Grünflächen hat, vernetzt sich die Biodiversität auch nicht. Darauf müssen wir ein Auge haben.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Ich bin der Meinung, wenn es wirklich dringend notwendig ist, Kleingartenflächen vielleicht anderweitig zu nutzen, dann brauchen wir in unmittelbarer Nähe andere Flächen, die man zur Verfügung stellen kann. Da muss die Stadtentwicklung, müssen wir alle zusammen auf die Flächen schauen, ob es in der ersten Ebene oder vielleicht möglicherweise in anderen Ebenen oder multifunktional nutzbar ist. Es gab die Überlegung von Kleingartenparks. Wie ist es, dass man vielleicht eine öffentliche Grünanlage hat, wo vielleicht Kleingärten eingebunden sind? Das muss man mit den Verbänden klären, weil es auch ein erhöhter Aufwand ist. Es ist immer besser, wenn die Flächen konzentriert sind. Doch grundsätzlich sollte man schauen, dass der breiten Öffentlichkeit viel Raum zur Verfügung gestellt wird.

Dietmar Brockes (FDP): Direkt daran anknüpfend, Frau Ihlenfeld. In dem Antrag sind verschiedene Formen von Garten-Sharing-Angeboten, Schachtelgärten etc. genannt. Wenn Sie dieses aus Ihrer Sicht mal bewerten könnten und welche Rolle solche Formale da spielen sollten.

Melanie Ihlenfeld (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz – GALK): Das ist im Grunde das, was ich anfangs sagte. Man müsste dann auch mit Stadtverband oder den Kleingartenvereinen explizit schauen, was möglich oder angefragt ist. Da sind Sie der beste Ansprechpartner. Denn die Anfragen kommen meistens an die Vereine.

Von der kommunalen Seite ist das Thema Urban Gardening immer ein Thema gewesen. Es funktioniert in einigen Bereichen, in anderen Bereichen geht es wieder zurück. Man muss auch konstatieren, dass einige Gartengemeinschaftsgärten, wie wir sie in Essen nennen, auch wieder rückgebaut worden sind, weil der Zuspruch nicht so hoch war. Von daher ist eine Kontinuität in den Kleingartenvereinen sehr viel höher und sehr viel konstanter.

Ich glaube, man muss es offen angehen. Was heißt das? Wie könnte ein Gemeinschaftsgarten aussehen? Wie könnte man die Satzung entsprechend öffnen? Wir als Kommune sind da offen. Ich glaube, man muss es in enger Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden machen.

Zacharias Schalley (AfD): Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Welling. Sie haben dieses Bewertungstool angeführt, mit dem Sie die Ökosystemleistung urbaner Gärten und Parks auch in Zahlen ausdrücken wollen.

Inwiefern berechnen Sie auch negative Aspekte ein? Wenn ich mal das Beispiel Görliitzer Park in Berlin aufmache, der sicherlich kein schöner Ort ist. Finanziell zumindest würde es mich wundern, wenn sich das positiv niederschlägt in der Drogenszene oder so etwas. Inwiefern spielt so etwas eine Rolle bei diesen Berechnungen der Ökosystemleistungen von öffentlichen Grünanlagen?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Malte Welling (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung): Wir haben uns in der Studie auf urbane Gärten, vor allem Kleingartenanlagen und auch Gemeinschaftsgärten, konzentriert und in dieser Umfrage sehr umfangreich abgefragt: Wie werden die Kleingärten genutzt? Was ist den Befragten dort wichtig, was stört sie vielleicht auch? Was sind Wünsche an attraktive Kleingartenanlagen in der Nachbarschaft, die sie auch nutzen wollen?

Diese monetäre Bewertung teilt das Experiment grundsätzlich. Wenn es negative Aspekte gibt, dann würden die sich auch wiederfinden. Das hat sich im Großen und Ganzen aber nicht gezeigt. Wir haben zum Beispiel gesehen, dass zwei Drittel der Befragten in dieser repräsentativen Befragung angeben, dass sie es positiv oder sogar sehr positiv sehen würden, wenn eine Kleingartenanlage in ihrer Nachbarschaft entsteht. Das ist zum Beispiel bei Familien mit Kindern noch höher. Da waren es ungefähr drei Viertel.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen zur vierten Fragerunde.

Anja Butschkau (SPD): Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Dietrich vom Bund Deutscher Landschaftsarchitekten. Wir schlagen in unserem Antrag vor, die Schaffung neuer Kleingärten auch bei der Planung von Wohngebieten mitzudenken. Wie bewerten Sie diesen Ansatz? Kennen Sie Beispiele, wo der Bedarf von Kleingärten in Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen bereits festgelegt wurde?

Thomas Dietrich (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen): Zur letzten Frage: Kenne ich nicht. Ich bewerte das auf jeden Fall grundsätzlich hoch. Das ist so mein Anfangsstatement: Wir brauchen grundsätzlich mehr Grün in den Städten, egal welcher Couleur.

Ergänzend zu Frau Ihlenfeld. Wie nutzen wir öffentliche und private oder teilprivate Flächen? Wie können wir da Kooperationen finden? Ich glaube, da gibt es eine Menge Synergien zu privat, teilweise privat oder auch temporär genutzten Flächen zu öffentlichen Flächen, also diese Kombination, den Kleingartenpark zu haben oder eine städtische Grünfläche in den Kleingärten vorkommt, auch von neuen Grünflächen in dieser Nutzungsvielfalt. Ich habe da Gärten, die privat genutzt sind, und ich habe Flächen, die öffentlich genutzt sind. Da eine Kombination zu haben, hat viel auch mit sozialer Kontrolle zu tun, also wenn wir hier über Dinge sprechen, wie die Grünflächen genutzt, okkupiert, missbraucht werden. Das Thema Pflege ist ein großes Thema, und da ist die Synergie mit vereinsgeführten Grünflächen. Wie auch immer man das jetzt bewertet oder wie man die zusammenfügt, da muss man vielleicht in der Zukunft einen Schritt weiterdenken oder die Gedankengänge zusammenführen. Hier sehe ich sehr hohes Potenzial, nachhaltige Grünflächen zu schaffen, die von Leuten, die damit bewusst umgehen, das auch für die Gesellschaft und für die Gemeinschaft, die das nur in kurzen Zeiträumen nutzen wollen oder gar nicht so viel Zeit haben, sich so intensiv damit zu beschäftigen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Das Thema war, dass die Kinder lernen sollen, dass man die Kartoffeln aus der Erde und nicht aus dem Sack holt. Es muss nicht grundsätzlich sein, dass die Familie einen Garten hat, sondern es kann auch ein Gemeinschaftsprojekt sein. Umweltbildung ist auch ein Thema, das die Kleingartenvereine mitbringen. Gerade im Bereich der städtebaulichen Festsetzungen von solchen Anlagen ist diese Kombination, da ist der Kleingarten, da ist das öffentliche Grün, mit vielen Synergien sehr hilfreich.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage richtet sich auch an Herrn Dietrich. Der Antrag spricht Kleingartenentwicklungskonzepte an, und Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auch darauf ein. Ich wüsste gern von Ihnen – ich hoffe, dass Sie das beantworten können, sonst frage ich in einer der nächsten Runde die Verbände –, welche Kommunen in Nordrhein-Westfalen bereits solche Kleingartenentwicklungskonzepte haben. Wo passiert das? Welche Anforderungen würden Sie da stellen, wie sollte man die implementieren, was sollte zwingend drinstehen?

Thomas Dietrich (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen): Essen hat ein Kleingartenentwicklungskonzept. Mehr weiß ich jetzt auch leider nicht. Ich habe dazu einiges gelesen, das jetzt nicht.

Was jedoch darin vorkommen sollte, ist auf jeden Fall – das ist in vielen Stellungnahmen aufgezeigt worden –, den Bestand zu qualifizieren. Ich glaube, es gibt nicht den einen Kleingarten, der das eine Problem hat und das andere nicht hat, sondern an einigen Stellen gibt es sehr hohe Nachfrage und an anderen Stellen brachliegende, wenig genutzte, anders genutzte oder falsch genutzte Gärten.

Ich glaube, um das herauszufinden, auch zum Beispiel das Potenzial zur Erweiterung, das Potenzial zur Verbesserung, das Potenzial zur Gemeinschaftsnutzung, das Potenzial, vielleicht größere Parzellen kleiner zu machen, um ein vielfältigeres Angebot an die Nutzer zu geben, müsste man das alles in einem Entwicklungskonzept über die Bestandsanalyse machen und dann die Entwicklung definieren und auch die Flächen ausweisen, um die in den künftigen Stadtentwicklungsprojekten unterzubringen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich habe eine Frage an Herrn Franssen zu neuen Formen wie Gemeinschaftsgärten, interkulturelle Gärten, Prinzessinnengärten und Quartiersgärten und was wir so alles haben. Die sind nicht direkt aus den Kleingartenanlagen heraus entstanden, sondern aus einem Soziotop heraus entwickelt worden.

Auf der anderen Seite gibt es unbestritten niemanden, der mit dem Wissen so nah an diesem Thema dran ist wie Sie. Wie nehmen Sie solche Pilotanlagen auf? Welche Möglichkeiten haben Sie im Rahmen Ihres Flächenkonzepts, mal zu sagen, da öffnen wir uns, da schauen wir mal? Wie eben gesagt: Da gibt es nur 18 oder 20 m², Hauptsache man kommt zusammen, und sieht bei dem einen, was der pflanzt. Da gibt es den einen Gartencontainer, wo das Werkzeug für alle drin ist. Wie gehen Sie mit Innovationen um, wenn Sie das so sehen?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Danke für die Frage, Herr Dr. Nolten. Ja, wir sehen das sehr positiv. Ich verstehe es so, dass wir auf der einen Seite zwar das klassische Kleingartenwesen vertreten, aber auf der anderen Seite ist das Gärtnern eigentlich das, was uns allen am Herzen liegt. Insofern sehe ich sehr positiv, dass wir auch neue Gartenformen unterstützen. Es gibt natürlich viele Gartenformen, die sich im Moment parallel entwickelt haben. Mit denen haben wir lockere Kontakte gehabt, aber da hat es keine direkte Zusammenarbeit gegeben.

Wir haben hier vor einigen Jahren – da muss ich wieder die Stadt Köln nennen – in Zusammenarbeit mit der Stadt Köln zum Beispiel dieses Projekt der „Gartenlabore“, was wir auch in der Stellungnahme beschrieben haben, gegründet. Als damals die Stadt Köln an uns herantrat und fragte, ob wir uns vorstellen könnten, hier die Trägerschaft zu übernehmen, habe ich von vornherein gesagt, das sei ein Thema für uns. Denn in alternativen Gartenformen sehe ich die Möglichkeit, auch andere Menschen ans Gärtnern zu bringen.

Insbesondere sind diese Projekte auch sehr offen gestaltet. Die „Gartenlabore“ haben keine klassische Einfriedung im dem Sinne wie es bei den normalen Kleingartenanlagen ist, die natürlich überwiegend offen gestaltet werden sollen, aber dennoch abgeschlossene Parzellen haben. Hier ist es so, dass die Gärtner dort kleine Parzellen haben. Es fängt mit 75 m² bis 100 m². Wir haben Gemeinschaftsgärten im Projekt, wo wir mehreren Gruppen die Möglichkeit bieten, sich ans Gärtnern zu geben. Das hat letztlich zu einem guten Zuspruch geführt.

Wir haben in diesem Jahr den ersten Verein gegründet. Man muss das natürlich irgendwann in eine gewisse rechtliche Struktur bringen. Wir haben dort 80 oder 90 Kleingärtner. Damit man das ein bisschen besser organisiert bekommt, haben wir auch da einen Verein gegründet, aber auch dieser Verein – da haben wir offen mit den Leuten diskutiert – geht etwas andere Wege. Die haben zum Beispiel in ihrer gesamten Satzung einen etwas offeneren und nicht so einen hierarchischen Umgang im Rahmen der Vorstandsarbeit gewählt.

Wir hatten anfangs, wie das so ist, den Vorsitzenden, den Schriftführer und den Kassierer gewählt. Die haben nach einem halben Jahr gesagt, sie wollten ein bisschen mehr Gleichberechtigung und haben das Ganze in eine Art Team-Vorstand umgewandelt, sodass die heute gar nicht mehr diese klassischen Ämter haben, sondern sich einfach nur Führungsteam nennen, und jeder übernimmt bestimmte Aufgaben, die auch mal wechseln können. Insofern finde ich sehr spannend, was sich über solche alternativen Projekte dann weiterentwickeln kann.

Dietmar Brockes (FDP): Ich habe noch eine Frage an die Vertreter der Kleingärtner. Welche Rolle spielen Sie, was naturkundliche Bildung, was Integration und auch das soziale Miteinander angeht? Wenn Sie uns das bitte mal deutlich machen könnten.

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Es gibt, glaube ich, kaum eine andere Vereinsform, wo so viele Menschen mit verschiedener

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Nationalität und Herkunft miteinander das gleiche Hobby teilen. Auch die Integration wird in unseren Vereinen sehr groß geschrieben, sehr betont. Wir haben auch Schulgärten, wo wir zum Beispiel Schulkinder an die gärtnerische Arbeit heranzuführen, damit Kinder auch lernen. Wie muss ich damit umgehen, was passiert in der Natur? Darin sehen wir einen guten Aspekt.

Ich möchte noch das Thema aufgreifen, dass Kleingartenanlagen nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind. Das stimmt so nicht. Denn wir sind grundsätzlich Bestandteil der öffentlichen Grünanlagen der jeweiligen Kommunen, und unsere Kleingartenanlagen stehen grundsätzlich jedem Bürger offen zur Verfügung. Das spiegelt sich auch darin, dass wir Kooperationen mit Seniorenheimen anstreben, dass wir unsere fachliche Beratung, was den Obstbaumschnitt angeht, weitergeben. Dazu laden wir auch die Nachbarn oder die ganze Kommune ein, die sich dann an bei uns an diesen Fortbildungen beteiligen können.

Zacharias Schalley (AfD): Das Stichwort würde ich gern aufnehmen. Herr Rosendahl, wir haben gehört, dass mehr Leute in die Kleingartenanlagen gehen, nicht unbedingt als Pächter. Was sagen Ihre Pächter dazu? Finden die es toll, wenn Hinz und Kunz durch die Anlagen gehen können, deren Hunde da hinmachen und man es vielleicht liegen lässt, oder die Leute an den Kinderspielplätzen herumhängen und Kinder dort nicht mehr spielen können?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Die Pächter kennen das, und solange nichts kaputt gemacht wird, stehen die dem in der Regel ganz offen gegenüber. Das führt dazu, dass es auch Kontakte gibt zwischen den Besuchern und den Kleingärtner. So können wir uns öffnen und auch potenzielle Neupächter für unsere Vereine finden. In der Sache gibt es da keine Probleme, und die Besucher werden immer sehr offen angenommen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen zur fünften Fragerunde.

Anja Butschkau (SPD): Ich möchte noch mal auf die Kartoffeln von Herrn Rosendahl zurückkommen. Das hat mich auf eine Frage gebracht, die ich an Herrn Welling stellen möchte. Wir wissen, dass in den Kleingärten nicht nur Kartoffeln, sondern große Mengen von Lebensmitteln erzeugt werden. Mich würde interessieren, welche Konsequenz das für die regionale Lebensmittelversorgung hat und wie sich das auf den ökologischen Fußabdruck auswirkt.

Malte Welling (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung): Wir haben in Berlin und Stuttgart hochgerechnet, dass dort jedes Jahr 7.000 t bzw. etwa 4.000 t an Kartoffeln, aber auch Gemüse und Kräutern in den Kleingärten produziert werden, was den Bedarf von etwa 2 % bis 5 % der Stadtbevölkerung deckt. Das beruht auf einer Schätzung, dass ungefähr 10 % der Fläche der Kleingartenanlagen für den Gemüse-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

und Kartoffelanbau genutzt wird. Das liegt teilweise daran, dass es viel Gemeinschaftsfläche gibt, die andere Funktionen haben, die nicht infrage kommen, teilweise aber auch, dass nicht in allen Kleingartenparzellen ein Drittel für den Nahrungsmittelanbau genutzt wird.

Das heißt, grundsätzlich ist das Potenzial noch größer, noch mehr als 2 % bis 5 % der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln aus den Kleingärten zu versorgen, wenn diese Kleingärten einen größeren Anteil für den Nahrungsmittelanbau verwenden. Das ist keine unerhebliche Anzahl für die regionale Lebensmittelversorgung. Auf dem Wege können Kleingärten ihren ökologischen Fußabdruck senken, weil dann weniger Lkw mit Lebensmitteln in die Stadt kommen müssen und entsprechend weniger Treibhausgasemissionen und negative gesundheitliche Folgen in den Städten zum Beispiel durch Luftschadstoffe oder Lärm entstehen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich möchte mich mit meiner Frage an die beiden Verbände wenden. Im Antrag wird ein Unterstützungsfonds genannt, der bei Zahlungsschwierigkeiten und der Frage von Energiekosten aktiviert werden soll. Da es diesen Fonds nicht gibt, würde mich interessieren: Wie machen Sie das im Moment bei Zahlungsproblemen? Sind Energiepreise für Kleingärten tatsächlich ein großes Thema?

Michael Fransen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Unterstützung für die Kleingartenvereine ist schon sehr wichtig. Das sind Kosten, die heute bei den Verbänden, Vereinen oder sonstwo hängenbleiben. Insbesondere ist es so, dass wir viele große Aufwendungen haben, wenn es darum geht, dass Pächter ihre Gärten verlassen, sie aber nicht in einer Form verlassen, die den entsprechenden Regeln entspricht. Entweder versterben die Pächter oder sie verschwinden einfach, weil sie sich der Verantwortung entziehen.

In Köln haben wir mit der Kölner Stadtpolitik erreichen können, dass wir eine kleine Unterstützung seitens der Kommunen bekommen. Wir haben einen sogenannten Entsigelungsfonds aufgelegt, der dann den Vereinen vor Ort hilft, wenn Gärten aufgrund von sehr großen Aufwendungen deutlich im Minus liegen. Mit Minus meine ich, wenn der Wert dessen, was im Garten ist, also Laube und Anpflanzungen, kleiner ist als das, was an Auflagen da ist, die zu erfüllen sind, zum Beispiel das Abreißen von Baulichkeiten oder die Rekultivierungsarbeiten innerhalb eines Gartens. Damit können wir die Gärten unterstützen, allerdings sind es relativ kleine Mittel, die bei der Anzahl der Gärten, die wir haben, auch sehr schnell ausgeschöpft sind. Es ist gerade bei Generationswechsel kein unerhebliches Problem.

Hier wäre es wünschenswert, wenn wir da ein bisschen mehr Unterstützung bekommen könnten. Ansonsten sind es Kosten, die entweder der Gärtnergemeinschaft auferlegt werden, das heißt, die Vereine oder der entsprechende Dachverband müssen es selbst zahlen. Da sind die Stadt- und Kreisverbände zu nennen. Das sind Dinge, die der Landesverband bis dato nicht unterstützt oder auch nicht unterstützen kann.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Das Thema Energiekosten würde ich im Allgemeinen nicht so hoch bewerten. Es mag sein, dass gewisse Vereine, die auch intensive Vereinsheime betreiben, in den letzten Jahren, insbesondere im letzten Jahr, wo die Energiepreise extrem in den Himmel geschossen sind, in eine Problemlage geraten sind. Aber im Allgemeinen sind mir aus den Vereinen, die ich betreue, und aus den Verbänden keine großen Probleme gemeldet worden, dass ein Verein in eine Zahlungsunfähigkeit geraten ist oder Ähnliches.

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Ich kann sagen, wir unterstützen auch. Uns sind keine finanzielle Desaster bekannt, wo Leute ihre Parzelle nicht mehr bewirtschaften konnten, weil sie die Energie nicht mehr bezahlen können. Das liegt auch daran, dass wir den Strom, der in unseren Parzellen zur Verfügung steht, hauptsächlich als Arbeitsstrom nutzen, um die Maschinen zu betreiben.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich möchte mich an Herrn Dietrich wenden. Wir haben über die Diskussion über den „Natural Restoration Raw“ die Diskussion, 10 % der Fläche in den Städten soll entsprechend begrünt sein.

Jetzt sind Sie als Planer aufgefordert, mal so etwas für eine Stadt zu machen. Manche Städte haben schon Grünordnungspläne, eine Reihe von Städten haben noch keine. Sind Kleingartenanlagen für Sie Kristallisationspunkte, Ausgangspunkte von Entwicklungsmaßnahmen? Oder wie würden Sie sie dann sehen?

Sie müssen ja verschiedene Dinge miteinander verknüpfen, Friedhöfe, die heute zum Teil anders genutzt werden können, Naturschutz auf Zeit. Das sind diese „So da-Flächen“, die Brachflächen, vielleicht auch als Gemeinschaftsgarten mal eine gewisse Zeit genutzt. Wenn Sie als Planer an ein Viertel herangehen, wie würden Sie die sehen?

Thomas Dietrich (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen): Ganz simpel als einen von vielen Bausteinen in der Entwicklung und Nutzung von Grünflächen in der Stadtentwicklung und, ein wichtiger Teil. Wir haben viel gehört, welche grundsätzlichen Leistungen die Kleingärten mal rein als Grünfläche leisten, entsiegelt, möglichst biodivers, mit Bäumen, mit strukturreichen Grünanlagen ausgestattet, aber eben auch in der Gemeinschaft. Ich glaube, das ist ein Teil, den man zusätzlich zu den Öko-System-Leistungen, die rein um die Klimaanpassung gehen, dass man das Gemeinschaftliche, das Bürgerschaftliche, das Gesundheitspolitische oder den Wert der Grünfläche bewertet. Da ist der Kleingarten genauso zu bewerten wie eine Sportfläche, wenn sie richtig gemacht ist und den Ansprüchen, die wir an Grünflächen haben – danach haben Sie gefragt –, entspricht.

Diese Anforderungen steigen stetig, und die muss man zusammenzubringen. Es gibt viele Synergien, die genutzt werden können und müssen. In der Stadtplanung – wenn ich jetzt dazu denken würde – wäre das ein Standteil. Ob ich den jetzt als Punkt einbringe und darum entwickelt sich was oder ob es ein verknüpftes verbundenes Element ist, ich glaube, eher Zweites.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte meine nächste Frage an Frau Ihlenfeld richten. Wir hatten eben schon häufiger gehört, dass gerade in den Großstädten lange Wartelisten bei den Kleingartenvereinen sind. Wie sieht es in den kleineren Städten aus, und wie ist da Ihre Befürchtung?

Melanie Ihlenfeld (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz – GALK): Ich kann es nicht genau beantworten, muss ich leider zugeben. Ich bin hier für Herrn Thiel, der den Arbeitskreis Kleingärten führt. Er hat in seiner Stellungnahme dargestellt, dass man das durchaus mit betrachten kann, es nicht ganz ungewöhnlich ist, dass in kleineren Städten die Wartezeiten eher geringer sind und man schauen muss, wie man in Kleingartenentwicklungskonzepten mit der reduzierten Nachfrage umgehen muss.

Ich bin der Meinung, sollte es der Fall sein, sollte man trotzdem nicht diese Flächen anderweitig nutzen, sondern eher schauen, wie man das in ein Konzept, in eine Anlage anders integrieren kann. Dann hat man weitere offene Flächen oder andere Gärten, die man dadurch nutzen kann, wenn einzelne Parzellen wirklich frei werden.

In den Großstädten ist wirklich die Nachfrage sehr hoch. Da müssen wir eher schauen, wo wir noch etwas entwickeln können. Doch ich glaube, es ist wichtig, dass wir von den Flächen nicht einfach sagen: Ja, das ist nicht genutzt, und deswegen bebauen wir das jetzt. Das sollten wir tunlichst lassen – ich glaube, es wird weiterhin ein Auf und Ab geben –, um dann eher mit den Vereinen und Verbänden zusammen zu entwickeln, was wir eben schon gehört haben.

Gibt es andere Gärten? Gibt es Gärten, die dann gemeinschaftlicher genutzt werden können, weil eine Einzelperson das nicht schafft oder meint, es nicht zu schaffen, oder temporär vergeben wird? Da sollte man andere Konstellationen finden, um diese Flächen zu nutzen oder sie zwischenzeitlich teilöffentlich machen. Da haben wir viele Ideen, wie man solche Dinge angehen könnte.

Zacharias Schalley (AfD): Meine nächste Frage richte ich an Frau Aufderheide. Sie hatten in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die pauschale Feststellung, Kleingartenanlagen hätten einen höheren ökologischen Wert als Parkanlagen, in vielen Fällen nicht zutrifft. Jetzt haben die Kleingartenverbände ja mehrfach betont, dass die Anlagen sehr alt und darum auch sanierungsbedürftig sind. Haben Sie da konkrete Zahlen oder Kenntnisse dazu, wie es tatsächlich um die Anlagen in NRW steht, also ob die viele alte freistehende Bäume haben oder Ähnliches?

Ulrike Aufderheide (NABU [Naturschutzbund Deutschland] [per Video zugeschaltet]): Nein, solche Zahlen habe ich nicht. In meiner Stellungnahme wollte ich betonen, dass es auch historisch alte Parks mit sehr alten Bäumen und vor allem mit historisch alten Rasenflächen gibt. Die letzte Überlebende der Magerrasenflächen sind die, die früher unsere Städte und Dörfer umgeben haben. In diesen alten Parkanlagen sind oft sehr naturschutzfachlich wertvolle Bestände vorhanden, und solche alten Parkanlagen sollten auch aufgrund ihres hohen naturschutzfachlichen Werts geschützt werden, sind

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

sie teilweise ja auch als FFH-Gebiete. Also, es gibt Parkanlagen, die als FFH-Gebiete geschützt sind. Dazu gehören auch Friedhöfe und Flächen an alten Gebäuden.

Das Ziel meiner Einlassung war, dass, bevor in einer Parkanlage eine Kleingartenanlage eingerichtet wird, geschaut werden muss, welchen ökologischen Wert diese Parkanlage hat, sicherlich auch noch welchen sozialen Wert. Man muss schauen, was auf der Fläche passiert, und dann kann man sehen, ob es Sinn macht, da eine Kleingartenanlage anzulegen.

Ich möchte noch auf ein Flächenpotenzial hinweisen, was wir im besiedelten Raum haben, gerade im Rahmen der Anpassung in der Klimakrise. Wenn wir mal mit einer Karten-App auf unsere Städte und Dörfer schauen. Ganz viele Flächen sind dort versiegelt, die sich natürlich auch aufheizen, die dienen dem ruhenden Verkehr, also Parkplätze. Diese Flächen können wir uns in der Klimakrise nicht mehr leisten, weil die zur städtischen Hitzeinsel beitragen. Wir müssen dafür sorgen, dass der ruhende Verkehr verschwindet, aber möglichst unter die Erde. Ganz platt gesagt: Eine Dachbegrünung über jeden Parkplatz. Damit gewinnen wir einmal ein Abkühlungspotenzial, aber wir gewinnen auch neue Grünflächen, die in Teilen auch als Kleingartenanlagen genutzt werden können. Es gibt Kleingartenanlagen auf Dächern, vor allen Dingen auf Dächern über Parkplätzen, Parkhäusern.

Dr. Patricia Peill: Wir kommen in die sechste Fragerunde.

Anja Butschkau (SPD): Ich möchte mich mit meiner letzten Frage an die Landesverbände richten. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass in vielen Kommunen existierende Fördermöglichkeiten, die es bereits gibt, nicht bekannt sind. Mich würde interessieren: Wie können wir das Informationsdefizit bearbeiten? Was können wir da tun? Haben Sie Ideen?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Ja, das stimmt. Wir stellen bei unseren regelmäßigen Gesprächen mit manchen Kommunen auch immer wieder fest, dass viele Bürgermeister oder auch Räte nicht darüber in Kenntnis gesetzt sind. Da können wir einfach nur mehr Aufklärungsarbeit leisten. Ich weiß nicht, ob vonseiten des Landes da mehr an die Kommunen herangegangen wird und man ihnen mitteilt, dass es Fördermittel des Landes gibt.

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Ich kann das auch unterstreichen. Wir haben in den letzten Jahren ein paar Projekte angeschoben, wo es auch um Förderung ging. In Köln hatten wir einen Wechsel im Personal. Gerade bei neuem Personal ist es immer wieder schwierig, denn die müssen sich erst einmal in ihre Themengebiete einarbeiten. Es ist aber auch wichtig, dass es vonseiten der Verbände, der Vereine selbst eine entsprechende Information gibt, wie die Wege sind und darauf aufmerksam gemacht wird, an welche Töpfe man gehen kann.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Ich hatte jetzt eine Ablehnung von der Bezirksregierung Köln im Rahmen eines Wasserleitungsneubaus in einer Kleingartenanlage. Da hieß es von der Bezirksregierung: Nein, es sind keine Mittel mehr da, die Mittel sind alle im Ahrtal gelandet. Man musste erst mal gezielt darauf hinwirken, dass man die Leute informiert, dass es einen eigenen Topf für die Mittel gibt, die für den Kleingarten gebraucht werden und es nichts direkt mit dem Ahrtal zu tun hat. Danach hat es auch funktioniert. Aber genau da hakt es des Öfteren.

Norwich Rüße (GRÜNE): Eine letzte Frage an die Verbände. Anhörungen dienen vor allem dazu, Defizite aufzuzeigen. Kommunen sind immer sehr bemüht, neue Gewerbeflächen, Wohngebiete zu erschließen und zu schauen – gerade im Ruhrgebiet –, wo Restflächen sind, die man nutzen kann.

Gibt es eine Stadt, wo man sehen kann: So kann man es auch machen, da ist eine Kommune aktiv, hat diesen Bedarf an Kleingartenanlagen erkannt und will da etwas tun, hat schon etwas getan und es ist über den Bestand hinaus mehr geworden. Gibt es da ein positives Beispiel?

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Da muss man als Verband ordentlich den Stein ins Rollen bringen. Denn viele Kommunen, gerade bei uns auf dem Land, tun sich damit äußerst schwer, nicht alle, aber einige. Es hängt wahrscheinlich auch immer von den Personen ab, ob die jetzt gerade die Kleingartenvereine in ihrer Kommune an erster Stelle sehen, wie man fördern sollte oder ob es eher eine Reiterliche Vereinigung oder ein Fußballverein ist. Wenn man als Verband mit Nachdruck daran arbeitet, dann funktioniert so etwas.

Ich kann ein Beispiel nennen. Wir haben 2017 einen Verein gegründet, damit der als juristische Person überhaupt agil und aktiv werden kann. Das hat dazu geführt, dass wir nach sechs Jahren in der betreffenden Kommune eine Fläche gefunden haben, die jetzt im Planfeststellungsverfahren liegt. So langsam mahlen die Mühlen. Ansonsten fallen mir, was das angeht, keine positiven Beispiele ein.

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Vom Grundsatz her kann ich von der Stadt Köln berichten, dass man sich natürlich auch von der Stadtverwaltung, insbesondere aus dem Grünflächenamt, sehr intensiv um das Thema der Kleingärten kümmert, auch um alternative Projekte, die ich schon erwähnt habe. Aber ist auch immer wieder eine Sache der personellen Ausstattung der jeweiligen Ämter, je nachdem, wie die Priorität der Kleingärten einzuschätzen ist.

Über ein Negativbeispiel kann ich von der Stadt etwas südlich von Köln sprechen. Da findet überhaupt keine große Unterstützung der Kleingärten statt. Natürlich spielt die Stadt mit knapp 900 Gärten keine so große Rolle im Vergleich zu Köln, wo wir 13.000 Gärten haben. Da ist natürlich auch die Verwaltung ganz anders aufgestellt. Dennoch ist ein gewisses Einsehen wichtig, ob es in Grünflächenämtern oder in Liegenschaftsämtern ist, dass man sich dieser Themen annimmt. In Köln sieht man das recht positiv,

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

in anderen Städten fehlen mir im Moment Erfahrungswerte, als dass ich dazu viel sagen kann.

Markus Höner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände. Herr Rosendahl, wir sind schon häufig im Austausch gewesen, wo das Thema Ausbildung ein Thema war. Wir haben das Thema Ausbildung am Rande schon leicht besprochen. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie von 2.500 Teilnehmern allein jährlich, was aus meiner Sicht schon eine herausragende Zahl ist.

Weil das Ehrenamt letztendlich die tragende Säule unserer Gesellschaft ist, stellt sich für mich die Frage, wie wir das noch etwas mehr fördern können oder wie wir die ehrenamtliche Tätigkeit auch da einer größeren Anerkennung zuführen könnten.

Rolf Rosendahl (Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner): Ich sehe es als wichtig an, dass die finanzielle Förderung, die wir für die Schulungszwecke an unserer Landesschule zur Verfügung haben, weiter ausgebaut werden, damit wir finanzielle Mittel haben, um adäquat diese Schulungsmaßnahmen überhaupt anbieten zu können.

Wir als Landesverband gehen in die Fläche, in die Bezirksverbände und bieten da unsere Schulungen an, weil der Bedarf riesengroß ist. Schon aus räumlichen Gründen können wir uns an unserer Landesschule nicht mehr alles leisten, was da gefordert wird. Von daher ist es mir wichtig, dass die finanzielle Unterstützung, die wir für Schulungszwecke haben, weiter ausgebaut wird.

Dietmar Brockes (FDP): Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Dietrich. Sie sind eben in Teilen schon darauf eingegangen. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Öffnung der Anlagen zu Gemeinschaftsflächen eine große Chance für die Zukunftsaufgaben bietet. Wenn Sie darauf noch näher eingehen könnten.

Ich glaube, bei der Frage, die ich an Frau Ihlenfeld gerichtet hatte, was die Weiternutzung der Kleingärten gerade in den kleinen und städtischen Bereichen angeht, sah ich, dass Sie dazu auch gern etwas sagen würden. Wenn Sie das damit bitte verbinden können.

Thomas Dietrich (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen): Das, was mir auf der Zunge brannte, hat Frau Ihlenfeld direkt am Ende gesagt, nämlich nur nicht auf die Idee zu kommen, wenn ich einen Kleingarten nicht nutzen kann oder er brachfällt oder was immer da passiert, zu denken, den könne man für etwas anderes okkupieren.

Ich habe es heute oft genug betont. Grün ist, egal in welcher Couleur, ein wichtiger notwendiger Bestandteil, es in der Stadt auszubauen. Die Öffnung der Anlagen zu Gemeinschaftsflächen ist, dass man diese Synergien nutzen soll und kann, dass es

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

verschiedene Konzepte gibt, die auf solchen Flächen stattfinden können, auf größeren und kleineren Flächen.

Ich weiß auch, dass die Kleingartenanlagen grundsätzlich der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Das Bild der Anlagen, die ich vor Augen habe, ist immer eher ein bisschen geschlossen und die Pächter schauen danach. Deshalb war die Frage: Was halten die Pächter davon, wenn die Öffentlichkeit in die Anlagen kommt. Die halten viel davon, aber es darf durchaus ein geöffnetes Bild an Angeboten haben. Sie geben auch die Angebote. Die Umweltbildung war gerade ein Thema. All das spielt da hinein. Das Öffnen ist jetzt nicht nur flächenmäßig, sondern auch in Bezug zur Nachbarschaft, so viel Potenzial, wie es an Know-how in den Kleingärten gibt, beizubringen, wie man mit seinem Garten umgeht, vielleicht auch mit seinem eigenen Vorgarten oder einem Teil eines Stückchen Lands, was man selbst am Haus hat.

Das sind alles Maßnahmen, die zum Bestand der Gesellschaft gehören und die ich sehr förderlich finde, wenn diese Öffnung in der Fläche und im Gedankengut oder in der Kooperation stattfindet.

Ich betone es noch mal. Die Synergien, auch im Hinblick auf soziale Kontrolle, auf Pflege, auch auf das Bewusstsein von Grün, was ist das für ein Wert ist, kann man alles mit Zahlen erläutern. Es ist auch wichtig, dass Zahlen dahinterstehen. Denn erst wenn wirklich ein Stempel „So viel Euro ist es wert“ darauf ist, dann glaubt man daran. Aber zu sehen, zu erleben, was es für einen qualitativen Wert hat. Ich gehe in die Anlage und merke, es ist es drei Grad kühler als da, wo ich gerade herkomme. Das kann man in Zahlen bewerten, kann man aber auch fühlen. Diese Öffnung, diese Kombination ist das, was ich an Wert sehe.

Zacharias Schalley (AfD): Ich habe keine Frage mehr.

Dr. Patricia Peill: Ich schaue in die Runde. Gibt es noch weitere Fragen? – Herr Dr. Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich möchte sagen, es ist gerade bei den letzten Fragen sehr schade, dass kein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände hier ist. Ich glaube, da hätten wir eine andere muntere Diskussion gehabt. Dass keiner von denen gekommen ist und uns nur eine schriftliche Stellungnahme vorliegt – man soll ja nicht über die predigen, die nicht in der Kirche sind –, finde ich sehr schade. Ich glaube, man hätte noch den einen oder anderen zusätzlichen Anknüpfungspunkt in der Diskussion gehabt, der in der Sache jetzt keinen Sinn machte.

Jetzt bekenne ich mich: Jung vom Land, auch über 20 Jahre Kleingarten. Bei mir grenzten auch andere Nachbarn daran. Ich habe immer gesagt: Ich habe nur begrenzt Zeit, ich will die Qualität des Produkts dann auch haben. Manches ist auch nicht gelungen, zum Beispiel beim Weißkohl, aber anderes ist ganz ordentlich gelungen.

(Anja Butschkau (SPD): Kartoffeln!)

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

– Die Kartoffeln hatte ich auch drin. Bleiben wir mal bei dem Beispiel.

Ich habe gesagt, ich wende keinen Pflanzenschutz an, sonst kann ich es auch kaufen. Aber der Nachbar hat es gemacht. Wenn das in meinen Garten kam, dann habe ich geguckt. Wenn ich auf der anderen Seite beim Sammeln der Kartoffelkäfer nicht genügend hinterher war, fand er es auch nicht lustig.

In der Stellungnahme der deutschen Gartenamtsleiterkonferenz steht, es gehe darum, naturnahe Gärten zu schaffen und auf umweltschonende Bewirtschaftungsmethoden zu setzen. Da gibt es noch viel Potenzial nach oben.

Sind wir mal ehrlich im direkten Miteinander. Frau Aufderheide würde sagen, es müsse den Mindeststandard geben, keinen Torf mehr, keine Pflanzenschutzmittel und natürlich die Biodiversität als erste Funktion im Vordergrund.

Wir haben jetzt verpachtet. Wir haben Leute mit unterschiedlichen Interessen. Das haben wir eingangs schon mal diskutiert. Wie weit bekommen wir das geschoben? Wie geht man damit um? Meine Frage geht an die Verbände.

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Das ist ein allgemein schwieriges Thema. Hier kommt es letztlich auf das jeweilige ehrenamtliche Engagement der Vereine vor Ort statt. Es gibt da natürlich sehr viele unterschiedliche Vereine, die sich dieses Themas annehmen. Einerseits haben wir die Fachberaterausbildung. Fachberater sind in den Vereinen und haben dort eine gewisse Rolle, dass Sie natürlich neue Pächter an die Hand nehmen und denen mit Beratung zur Seite stehen sollen, um ihnen zu helfen, was man machen kann und was nicht. Doch auch da ist das Potenzial begrenzt. Das ehrenamtliche Engagement – das wissen wir alle – ist auch in den Vereinen überschaubar. Manche Vereine sind da besser aufgestellt, andere schlechter.

Hier ein positives Beispiel aus den Vereinen. 2016 hatten wir das Problem, dass das Stadtplanungsamt der Stadt Köln – das ist in Summe eine Anlage mit 350 Gärten – 60 oder 70 Gärten aus dem Pachtvertrag kündigen wollte. Direkt südlich eines Straßenzugs wollten sie eine weitere Wohnbebauung anbringen. Das konnten wir verhindern. Aber der Verein ist darüber wach geworden und hat gesagt, man müsse sich auch öffnen, man müsse auch anderen Menschen das Gärtnern ermöglichen.

Somit haben sie Gemeinschaftsflächen geschaffen, wo jeder mitmachen kann, ob es aus dem Viertel ist oder ob es neue potenzielle Pächter sind. Man hat versucht, die ans Gärtnern heranzuführen. Da ist eine Fachberaterin, die sich sehr engagiert um das Thema kümmert und die neuen Pächter berät, was man machen kann. Jeder kann eine kleine Gartenfläche haben. Das sind vielleicht erst mal nur 10 oder 15 m², wo man ein bisschen Gemüse anpflanzen kann. Damit kann man lernen, und es ist auch für den Verein eine Möglichkeit zu selektieren, dass man sich auch Pächter in den Garten holt, die tatsächlich ein ehrliches Interesse daran haben.

Natürlich ist es schwierig. Man kann den Menschen immer nur vor die Stirn schauen. Es gibt auch immer noch den einen oder anderen Pächter, der den Kleingarten als

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

billige Alternative zum Campingplatz sieht. Damit muss man entsprechend konsequent umgehen, wenn es so ist. Ich wäre weltfremd, wenn ich sagen würde, dass wir das alles ausgemerzt bekommen. Doch letztlich ist bei den 96.000 Gärten, die wir hier in NRW haben, die Vorstellung der Menschen immer sehr unterschiedlich.

Insofern: Für die neuen Pächter muss letztlich eine gewisse Betreuung vorhanden sein, die wiederum über das Ehrenamt gehen muss. Dazu müssen die Menschen auch bereit sein. Das ist, wie gesagt, von Verein zu Verein unterschiedlich.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Die jeweiligen Vereine sind rechtlich unabhängig. Gibt es bei der Förderung eine Verpflichtung, dass man da einen bestimmten Fachberater haben muss? Ich bin jetzt Vorsitzender vom Eifelverein. Bei uns gibt es in jeder Ortsgruppe den Wegewart. Gibt es bei Ihnen einen bestimmten Standard, wo man sagen kann, darüber kann man sicherstellen, dass man bestimmte Ideen, lange Linien verfolgen kann?

Michael Franssen (Landesverband Rheinland der Gartenfreunde): Ja, doch das sind mehr Soll-Vorschriften. Es steht in unserer Satzung. Auch im Generalpachtvertrag, den wir mit der Stadt Köln haben, steht drin, dass die uns angeschlossenen Vereine mindestens einen Fachberater haben sollen. Die Fachberaterausbildung ist auch eine aufwendige Aufgabe.

Wir verfolgen etwas unterschiedliche Konzepte zwischen dem Verband Rheinland und Westfalen. Das hat aber auch mit örtlichen Möglichkeiten und mit der Ausbreitung zu tun. Wir machen es so, dass wir die Fachberaterausbildung über zwölf Einheiten verteilt über ein ganzes Jahr an den Wochenenden anbieten. Der Landesverband Westfalen und Lippe macht es aufgrund ihrer Schule, die sie haben, dass sie das Ganze in Wochenkursen anbieten.

Wie man es auch macht, ob es in zwölf Einheiten oder in einer ganzen Woche stattfindet, es ist für den jeweiligen Fachberater, der diese Ausbildung macht, natürlich ein immenser Aufwand, diese Ausbildung zu machen und am Ende eine Prüfung abzunehmen. Dazu kann man die Menschen auch nicht zwingen. Insofern muss jeder Verein versuchen, seine Mitglieder zu motivieren, aber es ist wie bei allen Ehrenamtlern, dass dazu Freiwillige nötig sind. Dazu gehört eine gewisse Kultur, die in einem Verein gelebt wird, und die ist, je nachdem in welchem Stadtviertel man sich bewegt, unterschiedlich.

Dr. Patricia Peill: Ich schaue in die Runde. – Alle sind mit allen Antworten sehr zufrieden. Ich danke Ihnen herzlichst. Es sind 32 Fragen gestellt und ganz tolle Antworten gegeben worden. Wir warten das Protokoll ab und werden das alles noch mal vertiefen und diskutieren.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (27.)
Ausschuss für Heimat und Kommunales (31.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

22.11.2023

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Ich schließe hiermit die Sitzung.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage

07.12.2023/10.01.2024

Stand: 21.11.2023

Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume und
des Ausschusses für Heimat und Kommunales

Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/4581

am Mittwoch, dem 22. November 2023,
10.00 bis (max.) 12.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner e.V. Lünen	Rolf Rosendahl Karoline Podchull-Giesebrecht	18/1026
Landesverband Rheinland der Gartenfreunde e. V. Düsseldorf	Michael Franssen Peter Terlau Ralf Krücken	
Bund Deutscher Landschaftsarchitekten Landesgeschäftsstelle Nordrhein- Westfalen e.V. Thomas Dietrich Kempen	Thomas Dietrich	18/1049
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin	Malte Welling	18/1043
NABU Ulrike Aufderheide Bonn	Ulrike Aufderheide (Videokonferenz)	18/1045
Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz – GALK e.V. Melanie Ihlenfeld Essen	Melanie Ihlenfeld	18/1042
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	18/1047
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	keine Teilnahme	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	